



Bildungvereinigung
ARBEIT UND LEBEN
Niedersachsen

2011

BILDUNGSURLAUB

Seminare mit
Übernachtung

Zeit für Bildung

Weitere Seminare finden in Krakau, Bratislava und Prag statt. Info befinden sich im Programmheft:

<http://www.arbeitundleben-nds.de>

Metropolen Europas:

Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen gGmbH bietet im nächsten Jahr mehrere Wochenseminare in verschiedenen europäischen Städten an. Das erste Seminar findet in Vilnius statt:

Politisches und gesellschaftliches Leben in Litauen

Vilnius, zu deutsch Wilna, ist die Hauptstadt Litauens und des Distrikts Vilnius. Mit ca. 560.000 Einwohnern ist sie die größte Stadt des Landes und liegt an der Mündung der Vilnia in die Neris. Die Stadt geht im Gegensatz zu den beiden anderen baltischen Metropolen und Hauptstädten der baltischen Nachbarländer Lettland und Estland, Riga und Tallin, nicht auf eine mittelalterliche deutsche Siedlung zurück, sondern war als Hauptstadt Litauens das administrative Zentrum eines ausgedehnten Großreiches, das auf dem Höhepunkt seiner Macht zeitweise von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte. Ab dem 16. Jahrhundert schufen italienische Baumeister zahlreiche Bauwerke im Stil des Barock, und noch heute verfügt Vilnius über eine der ausgedehntesten Altstädte in Osteuropa, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Vilnius galt seit seiner Gründung als eine der liberalsten Städte Europas, die im Lauf ihrer Geschichte Juden aus Mitteleuropa und Russland Schutz vor Verfolgung bot. Als „Jerusalem des Nordens“ wurde Vilnius zu einem Zentrum der jüdischen Kultur und Aufklärung. Im Holocaust verlor die Stadt fast sämtliche jüdischen Bewohner und somit die Hälfte ihrer Bevölkerung.

Die Region Vilnius ist zugleich ein industrielles Zentrum mit rasantem Wachstum und enormen Entwicklungsreserven und Projektplanungen, die aber derzeit auch unter dem globalen Druck der Weltwirtschaftskrise stehen. Fachgespräche, Firmenbesuche und Informationsrunden zur gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Lage sind Bestandteil dieses Seminars.

Termin: 22.05. – 27.05.2011 - Preis: 395,-€ incl. Unterkunft im Doppelzimmer und Halbpension - Einzelzimmer auf Anfrage.

Johannisschule als „abrahamische“ oder „trialogische“ Privatschule?

Am 1. November fand im Gewerkschaftshaus ein Gespräch mit Vertretern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen statt. Im Vorfeld hatte es einen Briefwechsel gegeben. Dabei hatte der Vorstand sein Unverständnis über die Position der Grünen-Fraktion zum Konzept des Bischofs gegeben. Leider gelang es



Jens Meier und Birgit Strangmann - Bündnis 90/Die Grünen
und Friedhelm Hollmann - GEW



Michael Hagedorn - Bündnis 90/Die Grünen - Heike Lampe,
Astrid Müller, Ulrich Bösch, Matthias Schulhof
und Kristel Sauder - GEW

den Vertretern nicht, überzeugende Argumente für dieses Konzept vorzubringen. Es bleibt nun zu hoffen, dass das Gespräch zu einem neuen Nachdenken bei den Ratsvertretern der Fraktion führen wird. Die nunmehr eingeführte neue Bezeichnung des Konzeptes als „trialogisch“ (Wer um Gotteswillen kann diese Namensänderung erklären?) macht es nicht besser. Wer immer noch glaubt, Bildung lasse sich mit exklusiven Insellösungen reparieren beweist nur, dass er weder an einer Reform unseres Bildungssystems noch an allen Kindern und Jugendlichen interessiert ist, die ein Recht auf gerechte Bildungschancen und Bildungsförderung haben.

An die Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
per Mail

Osnabrück, 10.02.2010

Lieber Herr Hagedorn,

Sie werden sich sicherlich an unser Gespräch vor dem Theater im September 2009 während des „Wahlkampfes“ erinnern. Wir sprachen Sie auf Ihre Pressemitteilung zur „Gründung einer interreligiösen Schule in katholischer Trägerschaft“ an.

Es ist nach wie vor nicht nachvollziehbar, warum die Johannisschule als Grundschule in katholischer Trägerschaft mit einem Konzept als „Projektschule“ mit staatlichen Mitteln gefördert werden soll, dass an allen staatlichen Grundschulen in der täglichen Unterrichtspraxis gelebt und von den Kindern auch erlebt wird. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass es nicht religiöse Unterschiede sind, die das Zusammenleben und Zusammenarbeiten in den Klassen zunehmend erschweren. Es sind vielmehr die für die Kinder sehr häufig nicht verstehbaren und zum Teil für sie auch bedrückenden Alltagsgeschehnisse, die familiären und gesellschaftlichen, die das Lernen und Unterrichten zu einer Belastung für alle Beteiligten werden lassen. Hinzukommt der schulische Druck durch die neu eingeführten Vergleichsarbeiten und die bis zur vierten Klasse stattfindende Selektion für die weiterführenden Schulen

Ihre Unterstützung für das Projekt ist uns völlig unverständlich. Am 3. Januar 2009 hat die Fraktion Ihrer Partei einen Antrag in den Landtag zur inklusiven Bildung eingebracht. Wer sich landespolitisch stark für eine Schule für alle Kinder einsetzt, kann kommunalpolitisch nicht einer exklusiven Bildung das Wort reden. Zumal mit diesem Projekt allen Kolleginnen und Kollegen im staatlichen Schulwesen eine Ohrfeige versetzt wird. Werden Sie demnächst ein Projekt unterstützen, dass die gemeinsame Beschulung von Kindern unterschiedlicher Nationen (vielleicht 4) zum Ziel hat?

Lieber Herr Hagedorn, wir können sehr wohl auch den Druck nachvollziehen, der seitens der katholischen Kirche ausgeübt wird. Wir wissen auch, dass die Meinungen in den Fraktionen nicht einheitlich in Bezug auf das angestrebte Projekt sind und wohl auch die Schule mit dem Vorstoß der Kirche überrumpelt wurde.

Wir appellieren an Sie und die Fraktion, dem Modellprojekt nicht zuzustimmen. Es ist im Übrigen auch nicht nachvollziehbar, wenn der evangelischen Landeskirche die Trägerschaft einer Schule verweigert wurde und nun der katholischen Kirche dieses Projekt genehmigt wird.

Lieber Herr Hagedorn, wir wären für eine Stellungnahme sehr dankbar. Außerdem wäre es gut, wenn wir einen Termin für ein gemeinsames Gespräch zu aktuellen Themen (außer der Bildungs- u.a. Finanz- und Kulturpolitik) finden würden (Kreisvorstand und Fraktionsvorstand etc.).

Mit freundlichen Grüßen

Gewerkschaft und Wissenschaft

Kreisverband Osnabrück-Stadt

Ulrich Bösch, Astrid Müller, Henrik Peitsch

Zusatz

Osnabrück, 14.09.2010

In der Zwischenzeit hat sich (auch) in Osnabrück etwas getan. Osnabrück kann stolz sein, eine Integrierte Gesamtschule eingerichtet zu haben. Diese Schule ist konfessionsungebunden, sie beherbergt Schülerinnen und Schüler mit und ohne Konfessionen. Die IGS macht sich in diesen Tagen auf den Weg hin zur Inklusiven Schule. Es finden Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen statt. Auch an dem am 15.9.2010 stattfindenden „Open-Space-Treffen zum Thema Inklusion“ werden Vertreter der IGS anwesend sein und aktiv mitarbeiten. In der heutigen Zeit sollte die Religionszugehörigkeit kein Auswahlkriterium sein. Ali wird niemals verstehen können, warum er die Johannisschule besuchen darf, während seinem pakistanischen Freund und Nachbarn Mohsan die Aufnahme verweigert wurde. Das Konzept des Bistums trägt eher zur Separation als zur Integration/Inklusion bei.

Es ist doch auch im Interesse der „Grünen Politik“, allen Kindern (egal welcher Herkunft und Religionszugehörigkeit) den Weg zur Bildungsgesellschaft zu ebnet.

Schreiben vom 14.09.2010 / Johannisschule - per Mail

Lieber Henrik,
liebe Frau Astrid Müller
lieber Herr Ulrich Bösch,

vielen Dank für Ihren Brief und die offenen Worte zur Einrichtung einer abrahamischen Grundschule am Standort der Johannisschule.

Unsere Fraktion hat das Thema mehrfach ausgiebig diskutiert und in der Tat gibt es unterschiedliche Sichtweisen bei der abschließenden Bewertung, wobei wir auch aufgrund der Tatsache, dass noch keine Entscheidung ansteht, auf eine abschließende Meinungsbildung bisher verzichtet haben. Alle Fraktionsmitglieder halten das Konzept jedoch für grundsätzlich diskussionswürdig.

Wir sind uns mit Ihnen einig darin, dass Bildung primär eine staatliche Aufgabe ist und dass einer sozialen Segregation ebenso entgegengewirkt werden muss wie einer verordneten separaten Be-schulung von Kindern mit Beeinträchtigungen. Insofern steht das Prinzip der Inklusion und die damit verbundene Wertschätzung der Diversität als Grundsatz von Bildung und Erziehung für uns außer Frage.

Bei dem Konzept einer abrahamischen Schule, das von Vertretern der jüdischen Gemeinde, der Moscheengemeinden bzw. der Schura und dem Bistum Osnabrück erarbeitet wurde, handelt es sich nach unserer Auffassung um ein Schulangebot, das wegen seiner unbestreitbaren Einmaligkeit nicht in die bekannten Schulformen einzusortieren ist. Es handelt sich eben gerade nicht um eine Bekenntnisschule der herkömmlichen Art, der wir ausgesprochen kritisch gegenüber stehen würden, noch kann man bei der Konzeption eine soziale Segregation von Schülern unterstellen. Das Be-merkenswerte ist aus unserer Sicht, dass sich trotz vieler Widerstände auch gerade in katholischen Kreisen, diese drei Religionsgemeinschaften zu einem Gemeinschaftsprojekt zusammengefunden haben. Auch wenn wir grundsätzlich der Meinung sind, dass Religion Privatsache ist, so gilt es doch zu bedenken, dass ein solches Projekt einen wertvollen Beitrag zum zweifellos notwendigen inter-religiösen Dialog leisten kann. Dass hier eine Notwendigkeit besteht, dürfte angesichts unbestreitbar vorhandener Spannungen und Vorurteile spätestens angesichts der haarsträubenden Thesen des Herrn Sarrazin offenkundig sein. Insofern könnte ein solches Projekt durchaus positive Auswirkungen auf das Miteinander der Religionen und Menschen in der Friedensstadt Osnabrück und darüber hinaus haben, wenngleich davon sicher nicht die Lösung aller Probleme erwartet werden darf.

Die GRÜNEN stehen neben dem Bekenntnis zum öffentlichen Bildungsauftrag auch zu einer Vielfalt im Angebot. Aus diesem Grunde unterstützen wir zum Beispiel Waldorfschulen (auch finanziell) und andere Angebote. Das jetzt zur Diskussion stehende Konzept ist aus schulrechtlichen Gründen in einer Schule in öffentlicher Trägerschaft nicht umsetzbar. Deshalb halten wir die Überlegung für legitim, eine freie Trägerschaft unter bestimmten Umständen auch mit - den bisher schon für die katholische Bekenntnisschule aufgewandten - öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Eine Benachteiligung öffentlicher Schulen vermag ich hier nicht zu erkennen, solange die öffentlichen Zu-schüsse hierfür die Zuschüsse für öffentliche Schulen nicht überschreiten.

Die Debatte um die Einrichtung einer solchen Schule ändert nichts an den Notwendigkeiten der Veränderungen in der bestehenden Bildungslandschaft. Hier sehen wir natürlich erheblichen Handlungsbedarf und sind uns in den inhaltlichen Forderungen mit Ihnen weitgehend einig. Wir freuen uns daher ebenso wie Sie, dass hier die Initiative der GRÜNEN-Ratsfraktion, der sich die SPD gerne an-geschlossen hat, endlich zur Errichtung einer Integrierten Gesamtschule in Osnabrück geführt hat.

Da bei einer Entscheidung über die weitere Entwicklung der Johannisschule auch die Auswirkungen und Konsequenzen für andere Schulstandorte mitbedacht werden müssen, wird eine Entscheidung letztlich im Rahmen der derzeit diskutierten Grundschulentwicklungsplanung für die Stadt Osnabrück zum gegebenen Zeitpunkt fallen müssen.

Gerne würden wir uns mit ihnen zu einem Meinungsaustausch auch über die anderen an-gesprochenen Bereiche treffen. Ich werde diesen Vorschlag gerne in unserer nächsten Fraktionssitzung beraten und dann mit Terminvorschlägen auf Sie zukommen.

Mit freundlichem Gruß
gez. Michael Hagedorn